

vorwärts

die sozialistische wochenzeitung.

Retouren:
Vorwärts
Postfach 2469
8026 Zürich

AZA 8026 Zürich



Ein einzig Volk von 18-
Prozent-GegnerInnen?
Vertreter der Staats-
macht treffen auf die
«Zivilgesellschaft»
Foto: ZVG

PdA-Positionen

Die RassistInnen und Fremdenfeinde wittern wieder einmal Morgenluft. In der SVP-verseuchten Landschaft versuchen sie mit ihrer 18-Prozent-Initiative Kapital aus der verbreiteten sozialen Unzufriedenheit zu schlagen. Die fremdenfeindliche Initiative ist natürlich abzulehnen. Und wir rufen die Bevölkerung dazu auf, an der Urne den rechten bis rechtsextremen Initianten ein wuchtiges Nein entgegen zu schleudern. Allerdings nicht aus den verlogenen Gründen, die FDP, CVP und mit ihnen die Wirtschaftsverbände mit ihrer verlogenen Propaganda, die Wirtschaft würde Schaden nehmen, sollte sie nicht ihre SpezialistInnen für das mittlere Kader billig aus Indien oder sonstwo einfliegen können.

Wir sagen Nein zu dieser Initiative, weil es uns um Menschen geht und nicht um Arbeitskräfte. Menschen von überall, mit welcher beruflichen Qualifikation auch immer. Wir nehmen Menschen auf, weil sie Menschen sind, weil sie unsere Solidarität brauchen. Nicht wegen ihres Bankkontos. Denn Menschlichkeit hat keinen Preis. Sie ist unbezahlbar. Deshalb Nein zu dieser Ausgeburt des helvetischen Egoismus.

Bei den Energievorlagen empfehlen wir ein dreifaches Ja, um endlich einen ersten kleinen Schritt vorwärts gehen zu können für eine ökologischere Schweiz. Die Initiative für ein konstruktives Referendum unterstützt die PdA, weil sie die Möglichkeit gibt, faule Kompromisse des Parlaments zu verbessern.

PDA SCHWEIZ

Anti-Terror gegen lechts wie links

dh. Das Polizeikonkordat der Nordwestschweiz zeigte sich am letzten Samstag in Liestal in voller Montur. Und es weiss immer noch, wo der Feind sitzt: bei den Linken und Netten.

Liestal hat es am letzten Samstag vorgebracht, was die gesamte Polizeistreitkraft der Nordwestschweiz unter dem Kampf gegen den Rechtsextremismus versteht: in erster Linie die Einschüchterung der Linken und AntifaschistInnen. Vor einem Monat noch konnten Skins und Neonazis unbehelligt durch die Altstadt des Baselbieter Kantonshauptorts marschieren. Bei der Gegendemonstration vom letzten Samstag war aber anscheinend der Ernstfall ausgebrochen. 238 schwer hochgerüstete Polizeibeamte aus den Kantonen des Nordwestschweizer Polizeikonkordats «bewachten» etwa tausend ManifestantInnen. Zu ihrem Schutz und vor Übergriffen von rechts, wie jetzt scheinheilig verkündet wird. In Tat und Wahrheit wurde allerdings provokativ eine Drohkulisse aufgebaut. Und so kam es, wie die Polizei es sich wohl klammheimlich gewünscht hat: Sie konnte zugreifen. Unter dem Vorwand, sie seien verummumt, wurden vier Personen vorübergehend festgenommen. Eine Frau wurde von einem Polizeihund angefallen. Die einzigen Verummumten am Samstagnachmittag in der Liestaler Innenstadt waren, das bestätigen Fotos, Passantinnen und Passanten, die Polizeitruppen.

Gebrochene Abmachungen

Dabei hatten die Organisationsrinnen und Organisationsoren im Vorfeld der Demonstration etwas ganz anderes mit der Polizei vereinbart worden: Die Polizei sollte sich unsichtbar im Hintergrund halten. Dass diese Abmachung nicht eingehalten wurde, begründet der Baselbieter Einsatzleiter Erich Wagner folgendermassen: «Am Donnerstag erhielten wir von verschiedenen Seiten Hinweise, dass beide Seiten massiv aufrüsten. Dann merkten wir, dass wir das Risiko nicht alleine ab-

decken können und forderten deshalb bei unseren Konkordatspartnern Unterstützung an.» Und so kamen sie denn alle, die Sondereinheiten von Basilisk aus Baselstadt, die Baracudas von Liestal, die Argus-Einheiten aus dem Aargau. Alles sogenannte Anti-Terror-einheiten. Und weil sich diese in Liestal nicht auskennen würden, so Wagner, habe man sie auch nicht im Hintergrund halten können, sondern gleich auf die Strasse stellen müssen. Sie hätten die Liestaler Hauptgasse wohl sonst gar nicht gefunden.

Das war der erste Schritt. Wes Geistes Kind allerdings da zum Spielen kam, erhellt die nächste Auskunft des Oberpolizisten: Die Polizei hätte ihre Änderung der Strategie den Organisationsrinnen und Organisationsoren der Demo nicht mitgeteilt. Aus «taktischen Überlegungen.» «Ich weiss ja nicht, in welche Kanäle diese Information gelangen könnte.»

Der Feind steht schliesslich immer noch links. Damit ist der Einsatzleiter allerdings nur der getreue Diener seines Herrn, des Baselbieter Polizeidirektors Andreas Koellreuter (FDP). Seit dem Naziaufmarsch predigt dieser schliesslich unentwegt, man müsse sich vor Extremisten von allen Seiten in acht nehmen. Für ihn heisst das vor allem von links. Und überhaupt: Dass das mit dem Aufmarsch der Glatzen zum Hess-Todestag überhaupt vorkommen habe können, hätten die Linken sich selbst zuzuschreiben. Schliesslich seien sie ja diejenigen gewesen, die den Staatsschutz abgeschafft hätten. Das räche sich halt jetzt.

Damit versucht der stramme Polizeidirektor gleich zwei Fliegen auf einmal zu treffen: Die Begründung zur Wiedereinführung der Schnüffelpolizei (falls sie denn je einmal abgeschafft worden ist; die Ereignisse in Liestal sprechen nicht dafür). Und die Ablenkung

von der braunen Gefahr. Auch da spricht Polizist Wagner offener aus, was Koellreuter (noch) nicht zu sagen wagt: «Ohne das Okay aus Bern dürfen wir ja im Staatsschutz überhaupt nichts mehr unternehmen. Das ist ein grosses Problem, und es ist nun an den Politikern, dieses zu lösen. Die Kompetenzen im Staatsschutz müssen neu geregelt werden.»

Gegen wen dieser Staatsschutz allerdings gedacht ist, beweist ein Nebenschauplatz, den Koellreuter persönlich eingerichtet hat. An der Demo gegen den Rassismus bekamen die Leute von «augenauf» einen höchstregierungsamtlichen Maulkorb umgehängt. Sie durften nicht über einen ausgeschafften libanesischen Flüchtling sprechen, der nach seiner Ausschaffung im Libanon direkt in Polizeigewahrsam genommen wurde. Sollten sie es dennoch tun, würde er, der Herr Regierungsrat, sich von der Demonstration distanzieren. Obschon sich die Organisationsrinnen auf den Kuhhandel einliessen, verzichtete «augenauf basel» nicht auf den Auftritt, sondern entrüstete sich vor der geplanten Rede über das Redeverbot, was ihr viel Applaus von Seiten der ZuhörerInnen und Schelte vom OK eintrug.

Die Politik des letzten Wochenendes ist klar: die Umwertung aller Werte im Baselbiet. Unter dem Stichwort des Antirassismus nutzte die Polizei und ihr Direktor die Gelegenheit, um gegen alles Linke Hatz zu machen. Aus Opfern wurden in offizieller Polizeisicht plötzlich wieder Täter. Und gegen diese «Täter» braucht es eine zwischen den Kantonen koordinierte Einsatzgruppe speziell ausgebildeter Polizeikörpers. Und damit diese überhaupt zum Einsatz gelangen können, braucht es einen Staatsschutz. Und das alles unter dem Stichwort der Extremismusbekämpfung.

Auf dem rechten Auge blind? Sicher nicht, heisst es in der Baselbieter Politik. Aber wenn man die Rechten nicht packen kann (will), packt man lieber noch die Linken.

Demo am 16. Septem
Gegen Rechtsxtremismus und die
18-Prozent-Initiative. Die Demo wird or-
ganisiert von Phase1, Grünes Bündnis
Luzern und Comedia Mitgliedern.

BESAMMLUNG UM 14.30 AM BAHNHOF
EMMEN BEI LUZERN (ZUG 14.08 VON
LUZERN) AB22 UHR PARTY IM KUL-
TURZENTRUM BOA



Feiglinge

Es tönt toll und schön: Der Bundesrat will den möglichen Verkauf seiner Swisscom-Mehrheit und die Errichtung einer Postbank vom Volk absegnen lassen. Deshalb will er die neusten Privatisierungsvorlagen in Verfassungsänderungen giessen. Und solche müssen bekanntlich obligatorisch von Volk und Ständen gutgeheissen werden. Alle sind glücklich: Auch die Linke, die SP und die Gewerkschaften. Jetzt müssen sie keine teure Referendumsaktion starten, jubeln sie, das mühsame Unterschriftensammeln können die fussslahmen Organisationen sich sparen. Und die Rechte ist glücklich. Schliesslich haben sie endlich die Chance, die De-regulierungspolitik der letzten Jahrzehnte sozusagen von oberster Instanz absegnen zu lassen. Das Volk wird's wohl richten und ja sagen. Und dann soll bitte niemand mehr kommen und an den neoliberalen Plänen herumkritteln. Am glücklichsten aber dürfte der Bundesrat selbst sein. Denn er kann sich mit diesem Griff in die Trickkiste be-quem zurücklehnen und alle Verantwortung für die zukünftige Richtung der Politik aus der Hand geben, kann nichts mehr dafür und nichts mehr dagegen. Die Verbände mit ihren prall gefüllten Kassen werden es schon richten bei diesen Abstimmungen. Das befürchten wir auch. Und deshalb halten wir das Stehlen aus der Verantwortung durch die hohen Damen und Herren aus Bern für einen etwas allzu billigen und tiefen Griff in eben diese Trickkiste. Hat da jemand etwas von Regieren gesagt in diesem Land?

DOMINIK HUNGER

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft Vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469, 8026
Zürich. PC: 40-19855-7. Jahresabo:
160.-, reduziert (AHV, Stud.) 110.-
REDAKTION:
Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich,
Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58
e-mail: vwzh@access.ch
Walter Angst (wa), Rolf Bossart (ros),
Irene Keel (ike), Franz Schibli (fas),
e-mail: franz.schibli@bluemail.ch
BÜRO BASEL:
Dominik Hunger (dh)
Offenburgerstrasse 31, 4057 Basel
Tel / Fax 061 693 46 47
BÜRO BERN:
Nick Lüthi (nil)
3001 Bern, Postfach 8701,
Tel 076 374 03 24
Fax 076 389 03 24
e-mail: kompress@iname.com
ABONNEMENTE:
Doris Gregor, Büro Zürich (Mittwoch
10 bis 17 Uhr, Tel 01 241 77 22)
DRUCK:
Coopérative d'Imprimerie, Genf

Meinung

Russland im August
Der Brand im Moskauer Fernsehturm, der am 27. August losschlug, schien die Befürchtung zu bestätigen, dass der August endgültig zu Russlands Katastrophenmonat avanciert ist. Die Medien begannen schon, vom «Augustfluch» zu reden – angefangen vom Anti-Gorbatschow-Putsch 1991 über den Rubel-Crash 1998 und die Attentate auf hauptstädtische Wohnviertel 1999 bis zur Explosion in der Unterführung am Moskauer Puschkin-Platz und dem Untergang der «Kursk» im laufenden Jahr fallen die schwersten Rückschläge ausgerechnet in diesen Monat. Die Beschworung einer Art Vorsehung findet um so mehr Anhänger in der Bevölkerung, als sie durch Entwicklungen seit 1985 im höchsten Masse verunsichert ist. Alles, was anfänglich Hoffnung und Zuversicht auslöste, hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Die «Perestroika» bereitete den Zerfall der Sowjetunion vor. Russische Demokraten entpuppten sich als Paladine der Oligarchen und Wegbereiter für die Verelendung des Volkes. Boris Jelzins Wahlversprechen von 1996 erwiesen sich als bewusster Betrug. Die Russen sind nahe daran, jeglichen Halt im Leben zu verlieren.

IGOR MAXIMYSCHEW,
IN: FREITAG, 8. SEPT. 2000

Modebegriff

Manche Linke, denen das Gerede von der «Zivilgesellschaft» schon länger gegen den Strich geht, möchten die heuchlerischen Predigten zum Anlass nehmen, den Begriff endgültig aus ihrem Vokabular zu streichen. Das wäre schade – denn als analytische Kategorie könnte er durchaus von Nutzen sein. Vorausgesetzt, man einigt sich auf eine einigermaßen klare Definition, was Zivilgesellschaft bedeutet. Umstritten ist der Begriff in der Linken schon länger: Zauberwort für die einen, ist er den anderen Synonym für Renegatentum und grüne Realpolitik.

JS. IN: ANALYSE & KRITIK,
31. AUG. 2000

Wahnsinn und Methode

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode: Es scheint, als wollte sich die anhaltend gekränkte österreichische Aussenpolitik für den Liebesentzug seitens der EU ausgerechnet bei den Nachbarn im Osten schadlos halten. Dabei ist es etwa gar keine Frage, dass die vorgebrachten Bedenken gegen das AKW in Temelin ihre Berechtigung haben. Fragwürdig ist aber, dass ein und dieselbe Regierung, die ihre Anliegen mittels Ultimatum durchsetzen will, nichts gegen den durch die EU-Verträge erzwungenen Import von Atomstrom einwendet. Der atompolitische Rigorismus wird eben, wie jedeR erkennen kann, einseitig gehandhabt.

WALTER BAIER,
IN: VOLKSSTIMME, 7. SEPT. 2000

WTO gib uns Kraft!

Gewerkschaften in entwickelten Ländern brachten ihren Mitgliedern bei, dass sie ihren Job verlieren, weil Kapitalisten ihre Produktion in Billiglohnländer/Entwicklungsländer verlegen. Darum beschuldigen Arbeiter aus den entwickelten Ländern die Billigarbeiter in den Entwicklungsländern ihnen ihren Job zu «stehlen». Das aber ist nur eine Teilwahrheit: siebzig Prozent der Bewegung von globalem Kapital findet in den entwickelten Ländern statt. Von der WTO zu verlangen, sich um Arbeiterrechte zu kümmern, bedeutet nicht, gegen das globale Kapital zu kämpfen, sondern sich ihm auszuliefern. Wenn man innerhalb des Rahmens dieser neoliberalen Institution wirksam wird, scheinen Anhänger der Sozialklausel zuzugeben, dass Arbeiter so schwach sind, dass wir von der WTO die Kraft borgen müssten, um unsere Interessen zu verteidigen.

JAKOB MONETA,
IN: SOZ, 31. AUG. 2000

Inland

Irakische Flüchtlinge: Schlappe für BFF

wa. Der Kampf der Solidaritätsbewegung gegen Ausschaffungen in den Nordirak hat sich gelohnt. Die Asylrekurskommission hat das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) angewiesen, die pauschale Wegweisung von Flüchtlingen aus dem Nordirak zu stoppen.

Am 21. und am 22. August hat die Asylrekurskommission eine Reihe von Grundsatzentscheiden gefällt, die hunderte von Flüchtlinge aus dem Nordirak erleichtern wird. Der seit zehn Jahren unter der Herrschaft der beiden Kurdenparteien KDP (Barsani) und PUK (Talabani) stehende «Quasi-Staat» sei keine innerstaatliche Fluchtalternative und keine sichere Zone, befanden die Asylrichter. Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) muss seine seit dem 1. Oktober 1999 geltende Praxis, Asylgesuche von aus dem Nordirak in die Schweiz geflohenen Menschen summarisch abzulehnen und die Flüchtlinge aus der Schweiz wegzuwiesen, zurücknehmen.

Mit den ARK-Entscheiden hat sich eine beispielhafte Solidaritätsbewegung durchgesetzt. In der Internationalen Federation of Iraqi Refugees und der Workers Communist Party of Iraq (WCPI) zusammenschlossene Flüchtlinge haben seit dem 30. Oktober 1999 eine auch international gut koordinierte Kampagne gegen die Skandalentscheide des BFF geführt. Zusammen mit antirassistischen Gruppen aus der autonomen Szene, Solidarité Sans Frontières und der PdA haben sie Lobbyarbeit gemacht, Protestkundgebungen vor den Büros des BFF durchgeführt und im Juni 2000 einen Protestmarsch von Zürich nach Bern organisiert. Gemeinsam ist es der Koalition gelungen, die Anstrengungen des BFF zur Abschaffung des Asylrechts an einem Punkt zu blockieren.

Für Peter Frei, Anwalt vieler Flüchtlinge aus dem Nordirak, kommt mit den ARK-Entscheiden wieder rechtsstaatliche Normalität in die Verfahren. Mit der schludrigen Abweisung dicker Asyldossiers durch das BFF sei jetzt Schluss. Den aus dem Nordirak in die Schweiz (weiter-)geflohenen Menschen könne das BFF nicht mehr wahlweise das Barsani- oder das Talabani-Gebiet als angeblich sicheren Fluchtort zuweisen. Frei hält jedoch auch fest, dass damit der auf europäischer Ebene angestrebten Rückschaffung von Kurden über die Türkei in den Nordirak kein Riegel geschoben worden sei.

In der Tat hält die ARK in ihren Entscheiden auch fest, dass die Wegweisung in den Nordirak nicht «generell unzumutbar» sei. Die entsprechenden Ausführungen in der Mitteilung der Asylrichter hat diverse Pressezeugnisse veranlasst, den Positionsbezug der ARK als Bestätigung für das BFF zu deuten. Richtig ist daran, dass die ARK sich angesichts der prekären Lage im Nordirak nicht für ein generelles Bleiberecht ausgesprochen hat. Von viel grösser Tragweite ist allerdings die Feststellung der Asylrichter, dass sogenannte «Quasistaaten» wie der Nordirak (oder der Kosovo) nicht etwa nur «safe area», sondern auch Fluchtgrund sein können. Die Anstrengungen der Asylverhinderer, Flüchtlingen wenn immer möglich interne Fluchtalternativen zuzuweisen, haben damit einen deutlichen Dämpfer erhalten.

Inserat



Danièle Lenzin
Die Sache der Frauen
OFRA und die Frauen-
bewegung in der Schweiz

Danièle Lenzin

Die Sache der Frauen OFRA und Frauenbewegung in der Schweiz

Mit der 68er Bewegung war die neue Frauenbewegung in der Schweiz angetreten, das herrschende Patriarchat aus den Angeln zu heben... Die Zürcher Sozialwissenschaftlerin Danièle Lenzin untersucht die politischen Aktivitäten, die Entwicklung und die mediale Resonanz der Organisation für die Sache der Frauen (OFRA). Mit Einbettung in den historischen Kontext gelingt der Blick auf ein wichtiges Kapitel der jüngsten Schweizer Geschichte.

Ca. 320 Seiten, broschiert, mit Fotos,
erscheint Anfang Oktober 2000.
Bestellungen an den Rotpunktverlag, Postfach, 8026 Zürich.

Subskriptionsangebot
Fr. 30.- (porto- und versandkostenfrei)
statt Fr. 36.-, gültig bis 1. Oktober 2000.

Der «Antirassismus» der Luzerner Behörden entlarvt sich als Lippenbekenntnis

Andreas Gschwend. Trotz dem empörten Aufschrei, der in den letzten Wochen durch die Gesellschaft ging, freuen sich offensichtlich nicht alle über die Antirassismus-Demo vom Samstag 16. September in Emmen. Behördliche Behinderungsversuche und parteipolitische Arroganz nähren den Verdacht, dass es mit dem staatlichen Antirassismus nicht sehr weit her ist.

Sie wurde ebenso schnell angesagt, wie sie kaum zwei Wochen später auch wieder abgesagt wurde. Die nationale Kundgebung für Toleranz und gegen Rechtsextremismus, die auf dem Berner Bundesplatz hätte über die Bühne gehen sollen. Ruedi Baumann, Präsident der Grünen Partei, hatte die Idee lanciert; Sidney Weill von Open Hearts (ehemals Rock gegen Hass) wollte sie umsetzen. Dieser Schnellschuss verfehlte aber sein Ziel. Weil die bereits angekündigten Popstars Tina Turner und Phil Collins keine Zeit haben, findet die für den Samstag, 16. September geplante Veranstaltung nicht statt. Damit konnten auch drohende Terminkollisionen verhindert werden. Denn gleichentags findet in Emmen und Luzern eine Demo statt, zu der bereits seit Wochen landesweit mobilisiert wird. Laut dem organisierenden «Komitee 16. September, Emmen», geht es darum, mit einer grossen, kraftvollen und bunten Demo ein deutliches Zeichen der Solidarität mit MigrantInnen und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu setzen.

Emmen oder Rütli?

Mittlerweile hat sich ein breites Bündnis gebildet, das die Demo unterstützt. Überraschend ist, dass SP und Solidarität sans frontières, die sich mit dem Appell für eine tolerante Schweiz stark gegen die 18-Prozent-Initiative engagieren, nicht in der UnterstützerInnen-Liste auftauchen. «Extrem problematisch» findet Ursula Dubois, Pressesprecherin der SP Schweiz, dass die Demo in Emmen stattfindet. Sie erachtet es als «grundsätzlich falsch, Leute an den Pranger zu stellen und eine ganze Gemeinde in Sippenhaftung zu nehmen». Sie hätte es bevorzugt, eine Kundgebung auf dem Rütli zu veranstalten. Anderer Meinung ist Mario Gsell vom Organisationskomitee: «Wir haben Emmen bewusst als Ausgangspunkt gewählt, weil diese Gemeinde aufgrund der abgelehnten Einbürgerungen zu einem Symbol für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geworden ist.» Aus der ganzen Schweiz und auch aus Emmen habe es darauf viele positive Reaktionen gegeben. Für Gsell geht es nicht darum, gegen die Gemeinde oder die Bevölkerung zu demonstrieren. Vielmehr solle zum Ausdruck gebracht werden, «dass Emmen keine Einzelfall, dass Emmen überall ist». Deshalb führe die Route von Emmen über Reussbühl nach Luzern.

Von Maltern nichts gelernt

Diese von den OrganisatorInnen vorgeschlagene Route gab zu Diskussionen Anlass. Polizei und Gemeindebehörden lehnten sie ab und wollten die Demo unter Hinweis auf verkehrstechnische Schwierigkeiten auf Rad- und Fusswege verbannen. Zudem sollte sich der Besammlungsort nicht beim Bahnhof Emmenbrücke, sondern auf einer Wiese am Rande der Gemeinde befinden. «Diesen Entscheid konnten wir nicht akzeptieren und haben deshalb beim Regierungsrat Verwaltungsbeschwerde eingereicht», hält Mario Gsell fest. Es sei unverständlich, dass nach Fussballspielen, bei Feuerwerken, für die Durchfahrt eines Zirkus Hauptstrassen gesperrt werden könnten, nicht aber für eine Demo mit derart wichtigen Inhalten und Forderungen.



Schliesslich haben Polizei und Gemeinden die Forderungen der OrganisatorInnen doch noch weitgehend erfüllt, so dass die Beschwerde zurückgezogen werden konnte. Erinnerungen an Maltern werden wach. Eine von Privaten geplante Kundgebung wurde verboten und fand erst aufgrund negativer Schlagzeilen statt – im Rahmen des schon lange geplanten Volksfestes: Die vielbemehte «Zivilgesellschaft» wurde zur blossen ZuhörerInnenenschaft parteipolitischer Glaubensbekenntnisse degradiert. In Luzern wurden die Lehren aus Maltern nicht gezogen.

Völlig unverhältnismässig

Eine besonders üble Rolle im Routen- und Bewilligungspoker spielte Jörg Stocker, Kommandant der Luzerner Kantonspolizei. Er tat sich bereits mehrfach als Verharmloser des Rechtsextremismus und Hardliner gegen links hervor. Im Zusammenhang mit einem Neonazi-Treffen in Maltern sprach er gegenüber der Neuen Luzerner Zeitung von Personen, die «rechtsextremen Tendenzen zu folgen nicht ganz abgeneigt sind». Und anlässlich der Kundgebung in Maltern blieben anwesende Naziskins relativ unbehelligt. Eine Hand voll Antifaschisten aus dem Aargau liess er jedoch von einem guten Dutzend Polizisten kontrollieren, durchsuchen und zur Kantonsgrenze eskortieren.

Die Antirassismus-Demo von Emmen nach Luzern versuchte Stocker mit allen Mitteln an den Rand zu drängen, am liebsten hätte er sie wohl ganz verhindert. Der ursprüngliche, restriktive Entscheid der Gemeinde Emmen ist nämlich auf Empfehlung der Kantonspolizei zustande gekommen, wie Gemeindepräsident Peter Schnellmann bestätigt. Und in einer dem Vorwärts vorliegenden schriftlichen Stellungnahme zur Beschwerde, kommt Stocker zum Schluss, dass «aus Gründen des hohen Gefährdungspotenzials im Bereich der öffentlichen Ordnung ein Demonstrationszug dieser Art völlig unverhältnismässig ist». Im Weiteren fährt der Polizeikommandant hartes Geschütz auf: Er droht, «für Schäden, die nicht konkret einer Person angelastet werden, mit Nachhaltigkeit die Organisatoren zu belangen versuchen».

SVP & brauner Sumpf

Am Mittwoch letzter Woche hat sich das ominöse Komitee, das das Kunming-Referendum ergriffen hatte, geoutet. Jetzt wissen wir auch, weshalb sich die SVP als Partei so massiv distanziert hat, und Gemeinderat Tuena seine Unterstützung nicht zugeben wollte, wie der VORWÄRTS aufdeckte: Beide Hauptinitianten und Ex-Freiheitspartei-Politiker stammen vom extremen rechten, wenn nicht gar faschistischen Rand der SVP, der Eine ist gar ein glühender Pinochet-Verehrer und Erzreaktionär.

Monika Stocker will Angestellten einen Maulkorb umhängen

wa. Wer im Zürcher Sozialdepartement arbeiten will, darf Kritik nicht mehr nach draussen tragen. Die ehemalige Friedensaktivistin Monika Stocker schüchtert nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub die «lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter» nach den bekannten Regeln der Management-Kunst ein. Und hofft so, ihre zweifelhaften «Reform»projekte retten zu können.

«Ich bin sehr besorgt, dass so wild agitiert worden ist. (...) Das lasse ich nicht mehr zu.» Mit diesen Worten hat sich Zürichs grüne Sozialstadträtin Monika Stocker nach ihrer Heimreise aus einem zweimonatigen Urlaub im Tages-Anzeiger zurückgemeldet. Und das waren – wie Recherchen des VORWÄRTS belegen – nicht nur Worte.

Als eine der ersten Amtshandlungen hat Frau Stocker allen MitarbeiterInnen einen Brief zukommen lassen, in dem sie ihrer Hoffnung Ausdruck gibt, dass wieder «Normalität Einzug» halte im Sozialdepartement. Sie begrüsse die «fachliche Diskussion» über ihre Reformprojekte, doch «wünsche» sie, dass «diese in den dafür vorgesehen Gefässen stattfindet». Der Wink mit dem Zaunpfahl ist bei den Angestellten angekommen. Denn intern sind die seit anfangs Juli erschienenen LeserInnenbriefe von frustrierten MitarbeiterInnen des Sozialdepartements natürlich ein Thema. «Für die Kontakte zu den Medien» gelte die bisherige Regelung, schreibt Stocker in ihrem Brief.

Die flapsige Bemerkung lässt tief blicken. Wie in jedem Betrieb gilt auch im Sozialdepartement, dass für Presseanfragen interne Zuständigkeiten verabredet worden sind. Nicht üblich ist allerdings, dass MitarbeiterInnen einen Maulkorb haben und nicht mehr mit Aussenstehenden über Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte reden dürfen. Doch genau darum geht es. Schlimmer noch: Es sind vor allem gewerkschaftliche Interventionen, die Monika Stocker abstellen will. Stein des Anstosses Nummer eins ist ein von 31 der 33 AmtsvormundIn-

nen der Stadt Zürich getragener Leserbrief im Tages-Anzeiger vom 5. Juli, in dem die Betroffenen die geplante Aufhebung ihrer Dienstabteilung und ihre Eingliederung in die umstrittenen Sozialzentren kritisieren. Unterschrieben wurde der Leserbrief von Silvia Carsana, der Präsidentin der Gruppe «Soziales» des VPOD Zürich. Um die Betroffenen zu schützen, wie die zuständige VPOD-Sekretärin Dorothea Frei festhält. Stein des Anstosses Nummer zwei ist ein im Informationsblatt des VPOD-Zürich erschienener Text des Vizepräsidenten der VPOD-Gruppe, der sich in sehr moderater Form gegen die Umsetzung der Reformen und den fehlenden Einbezug von PersonalvertreterInnen auslässt. Sowohl die Amtsvormundschaft als auch den Vizepräsidenten der Gewerkschaft hat Stocker zum persönlichen Rapport bestellt. Eine «Einschüchterungsaktion», die man so nicht hinnehmen werde, wie Dorothea Frei dem VORWÄRTS gegenüber bestätigte. Einen Maulkorb für die MitarbeiterInnen akzeptiere man nicht.

Mit den Drohgebärden gegen diskussionsfreudige MitarbeiterInnen versucht Monika Stocker sich im Hinblick auf die anstehenden politischen Auseinandersetzungen um ihre «Reformprojekte» den Rücken freizuhalten. Weitere Informationen aus dem Amt, die sich nicht mit der Meinung der Vorsteherin decken, könnten für Stockers Sozialumbau-Pläne wirklich den Todesstoss bedeuten. Und Anlass zu Unruhe gibt es mehr als genug. Im Hinblick auf die Übergabe der städtisch geführten Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wird zur Zeit das ganze städtische Arbeitsamt abge-

wickelt (siehe VORWÄRTS vom 25. August). Der Prozess vollzieht sich alles andere als reibungslos. So kam es in den letzten Tagen zu neuen Kündigungen, weil klar geworden ist, dass der Kanton über die Leitung des fusionierten städtischen und kantonalen Arbeitsamts nicht diskutieren will. Für die MitarbeiterInnen anderer Dienstabteilungen, denen ebenfalls die Kantonalisierung droht, könnte das Anlass sein, den Aufstand gegen die Chefin zu wagen.

Kritik fachlicher Art kann man auch den internen Reorganisationspläne gegenüber anbringen, die unter dem Legislaturziel «Arbeit statt Fürsorge» laufen. Monika Stocker will sämtliche Angebote des Sozialamts in Sozialzentren zusammenfassen. Näher zu den KlientInnen wolle man mit diesem Schritt kommen, sagen die Sozialmanager. Für die KlientInnen bedeutet das jedoch, dass das Sozialdepartement ihnen nur noch als Institution entgegentritt, die über die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel entscheidet. In den städtischen Jugendsekretariaten, die in die neuen Sozialzentren integriert werden sollen, «bewährt sich bis heute, dass die Beratung unabhängig von der Existenzsicherung stattfinden kann», schrieb ein nur mit den Initialen zeichnender Leserbriefschreiber im Tages-Anzeiger. «Wenn die Beraterin oder der Berater gleichzeitig für die Finanzen zuständig ist», werde diese Vertrauensbasis zerstört.

Solches will Frau Stocker nicht öffentlich diskutieren. Eine seltsame Haltung für eine Sozialvorsteherin, die ihre soziale Basis bei der Linken haben möchte.

Der «verrückte Hund» fletscht die Zähne

Yvonne Zimmermann. In dem seit Mitte August anhaltenden Fehdenkampf der protestantischen Loyalisten in Nordirland geht es um mehr als um Drogen und Schutzgelder: Die beteiligten Gruppen vertreten gegensätzliche Haltungen im Friedensprozess und versuchen, sich die Unterstützung streitig zu machen. Der als «verrückter Hund» bekannte UFF-Kommandant Johnny Adair will die loyalistischen Gegner des Friedensprozesses neu organisieren.

Beide pro-britischen paramilitärischen Gruppen sind für Morde an KatholikInnen in der Vergangenheit bekannt: die Ulster Volunteer Force (UVF) und die Ulster Defense Association (UDA). In jüngster Zeit richten sich ihre Anschläge jedoch nicht wie sonst gegen die katholische Bevölkerung, sondern sind Ausdruck einer innerloyalistischen Fehde. Ende August wurden drei Angehörige der beiden paramilitärischen Gruppen in aufeinanderfolgenden Vergeltungsaktionen erschossen, fast täglich fanden Schiessereien im protestantischen Shankill-Viertel in Belfast statt, und Wohnhäuser wurden mit Molotow-Cocktails beworfen. Mit solchen Attacken und Gewaltandrohungen sollten Mitglieder und AnhängerInnen der UVF beziehungsweise der UDA zum Wegziehen gezwungen und damit die Grenzen zwischen den von den beiden Untergrundorganisationen kontrollierten Strassen neu gezogen werden. Die britische Armee patrouilliert seit Ende August – erstmals seit zwei Jahren wieder – durch das Shankill-Viertel in Belfast, wo die Auseinandersetzung am heftigsten ist. Im innerloyalistischen Konflikt geht es um einen Machtkampf, in dem die Kontrolle von Schutzgeldern und Drogen eine Rolle spielt. Schliesslich finanzieren sich die loyalistischen Untergrundorganisationen mit solchen Geschäften und kommen sich dabei in die Quere.

Beschwichtigung aus London

Der britische Nordirland-Minister Peter Mandelson betonte denn auch, dass die loyalistische Fehde nichts mit dem Friedensprozess zu tun habe, und behauptete, der Waffenstillstand der UVF und UDA sei intakt; einzelne Mitglieder, nicht die Organisationen, hätten zu den Waffen gegriffen. (Dass loyalistische Paramilitärs in letzter Zeit auch neue Waffen nach Nordirland geschmuggelt hatten, erwähnte Mandelson nicht.) Zentral in der innerloyalistischen Auseinandersetzung ist jedoch, dass die paramilitärischen Gruppen gegensätzliche Standpunkte zum Friedensprozess einnehmen. Noch im September 1994 verkündeten die UVF und UDA einen gemeinsamen Waffenstillstand und erklärten einhellig, die Union von Nordirland und Britannien sei nicht gefährdet. In der Zwischenzeit haben sich die beiden Untergrundorganisationen aber voneinander entfernt. Eine Gruppe hat sich 1996 als Loyalist Volunteer Force (LVF) von der UVF abgespalten und tritt seither als Gegnerin des Friedensprozesses auf. Ein Teil der UDA, die Shankill-Brigade der Ulster Freedom Fighters (UFF), hat ihrerseits im Juli mit einem Bruch des Waffenstillstands gedroht. Damit wolle sie, so ihr Communiqué, die zahlreichen Angriffe auf protestantische Wohnhäuser vergelten, die Katho-

likInnen kurz zuvor verübt hätten. Laut Polizei und dem offiziellen Büro für Wohnfragen hatten keine solchen Attacken stattgefunden. Die Führung der UDA sprach sich gegen die Gewaltdrohung der UFF aus, die den Friedensprozess befürwortenden Führungsmitglieder scheinen aber an Einfluss zu verlieren. Zahlreiche Mitglieder befürchten, dass der Friedensprozess in einem vereinigten Irland und damit im Sieg der irisch-republikanischen Armee (IRA) enden wird.

In den Fussstapfen der «Ratte»

Der berüchtigte Kommandant der UFF, der im Zuge des Friedensprozesses aus dem Gefängnis entlassene Johnny Adair, ist nun zur neuen Integrationsfigur der gegen den Friedensprozess gestellten Loyalisten geworden. Bis 1997 hatte Billy Wright diese Funktion inne. «König Ratte», so Wrights Spitzname, gründete im Sommer 1996 die LVF, als der protestantische Oranierorden erstmals nicht durch die nationalistische Garvaghy Road in Portadown marschieren durfte. Die LVF befürchtete, dass durch den Friedensprozess die Ziele der IRA umgesetzt und die «unionistische Kultur», wie etwa die Oranierparaden, schrittweise eliminiert würden. Die neu gebildete paramilitärische Formation trat mit der Ermordung des katholischen Taxifahrers Michael McGoldrick erstmals in Erscheinung. Wenige Tage später durften die Unionisten ihre Parade durch das katholische Viertel führen. Die LVF feierte ihren Triumph, und die Führer der grössten unionistischen Partei, die Ulster Unionist Party (UUP), und der gegen KatholikInnen hetzenden Democratic Unionist Party (DUP), David Trimble und Ian Paisley, marschierten Hand in Hand an der Spitze der Parade durch die Garvaghy Road. Seit 1997 Billy Wright im Gefängnis, wo er weiterhin als Rekrutierer und Organisator der loyalistischen Friedensprozess-Gegner gewirkt hatte, von der republikanischen Untergrundorganisation, der Irish National Liberation Army (INLA), erschossen wurde, blieb es zunächst still um die LVF.

Neue loyalistische Terrorgruppe?

In den letzten Monaten ist es Johnny Adair nun gelungen, die beiden paramilitärischen Gruppen UFF und LVF einander anzunähern. Er nahm an einer gemeinsamen Machtdemonstration beider paramilitärischen Gruppen teil, als die Unionisten im Juli dagegen protestierten, dass der Oranierorden nicht durch das nationalistische Viertel in Portadown marschieren durfte. Dabei jubelte er den maskierten LVF-Männern zu, die Schüsse in die Luft abgaben. An einer späteren Veranstaltung bezeichnete er die LVF als seine Freunde. Alles deutet darauf hin, dass Adair, auch bekannt als

«Verrückter Hund», den Aufbau einer neuen paramilitärischen Organisation anstrebt, um die Gegner des Friedensprozesses zu vereinen.

Prügel für die Dissidenten

Die Annäherung von LVF und UFF musste zum Konflikt mit der UVF führen. Schliesslich ist die LVF eine Abspaltung dieser paramilitärischen Gruppe und streitet sich noch immer mit dieser. Seit letztem Winter sind die Spannungen zwischen den beiden Gruppen deutlicher sichtbar. An Weihnachten wurden einige LVF-Gefangene, die sich in Portadown auf Hafturlaub befanden, verprügelt, und kurz später erschoss die LVF als Rache ein prominentes UVF-Mitglied in derselben Stadt. Seither wurden auf Angehörige beider Gruppen Mordanschläge verübt. Und als es auf den unionistischen Parade-Monat Juli zuging, bemühten sich alle loyalistischen Paramilitärs, Strassenzüge mit ihren Flaggen und Graffitis zu dekorieren und so als von ihnen kontrolliert auszugeben. Im protestantischen Shankill-Viertel in Belfast malten UFF-AnhängerInnen ein Gewalt verherrlichendes Wandbild, das an fünf Massaker an KatholikInnen erinnerte und mit der Frage betitelt war: «Wäre es nicht schön, wenn es immer so wäre?» Als die UFF im August ein «Festival der unionistischen Kultur» in Belfast organisierte und dazu die in Portadown ansässige LVF einlud, eskalierte die Situation. Im Gefolge einer Demonstration zahlreicher maskierter Loyalisten und UnterstützerInnen wurden Schüsse auf eine Bar der UVF abgegeben und mehrere Personen verletzt. Seither lösen sich Vergeltungsaktionen der UVF und UDA/UFF ab.

Alte Fehden

Dass sich Loyalisten im Licht des Friedensprozesses gegenseitig bekämpfen, erstaunt bei näherem Hinsehen nicht. Rivalitäten gab es schon immer zwischen den verschiedenen paramilitärischen Gruppen, Einigkeit erreichten sie im Laufe des Konflikts nur, wenn sie sich von einem gemeinsamen Feind bedroht fühlten. So organisierten sie zu Beginn der siebziger Jahre Nordirland weite Aussperrungen und verhinderten damit die Einführung einer nordirischen Regierung mit Beteiligung der moderaten NationalistInnen. Schon kurz nach diesem «Triumph» begann eine innerloyalistische Auseinandersetzung, bei der über ein Dutzend loyalistische Paramilitärs getötet wurden. Loyalistische Paramilitärs bezeichnen sich in erster Linie als Reaktion – als Reaktion auf die irisch-republikanische Armee (IRA) und deren Aktionen, als Reaktion auf nationalistische Forderungen, die von der Gleichberechtigung katholischer und protestantischer BürgerInnen bis zur Wiedervereinigung Irlands reichen. Positive Ziele zu formulieren, ist den Loyalisten bis anhin schwer gefallen. Nun hat es die der UVF nahe stehende Progressive Unionist Party (PUP) geschafft, zu einer respektierten politischen Kleinpartei zu werden und im nordirischen Parlament Einsitz zu nehmen. Der politische Flügel der viel grösseren UDA, die Ulster Democratic Party (UDP), hat diese Hürde nicht genommen. Immer mehr Mitglieder kommen zur Ansicht, dass sich der politische Prozess für sie nicht lohnt. Andere lehnen zudem den Einsitz in einem Parlament – in dem auch die republikanische Partei Sinn Féin vertreten ist – ab. Diesen Skeptikern hat Johnny Adair zu neuem Aufschwung verholfen. Diejenigen Kollegen in der UDP, die den Friedensprozess weniger militant ablehnen, bezeichnete er abschätzig als «einen Haufen alter Frauen» und den Parteiführer Gary McMichael als zahnlos. Dass der «Verrückte Hund» Ende August ins Gefängnis zurückgesteckt wurde, hat bisher noch nicht das erhoffte Ende der loyalistischen Fehde gebracht. Wenige Tage nach seiner Verhaftung wurde ein Mädchen schwer verletzt – durch eine Kugel, die seinem Vater gogolten hatte –, und die UDA/UFF kündigte gleich Rache an. Zwar hat sich in den vergangenen zwei Wochen die Heftigkeit der Fehde gelegt; sollte der «verrückte Hund» jedoch so gewitzt sein wie «König Ratte», wird er seine Organisationstätigkeit und die Hetze gegen den Friedensprozess auch aus dem Gefängnis weiterführen. Und seine Anhänger bei der nächsten Gelegenheit wieder zum Zuschlagen ermutigen – gegen seine loyalistischen Rivalen oder, wie früher, gegen die katholische Bevölkerung.

Loyalistische Provokation der Ulster Freedom Fighters



Weshalb die Transportunternehmer in Frankreich den Aufstand probten

Bernhard Schmid. Blockierte Raffinerien, Strassenblockaden durch Lastwagen und Traktoren. Frankreich bot in der letzten Woche erneut ein Bild, das an die grossen Streikbewegungen der LKW-Fahrer und Transportarbeiter in den Jahren 1996 und 1997 erinnerte. Mit dem kleinen Unterschied freilich, dass es dieses Mal die Unternehmer-Organisationen und konservative berufsständische Gruppen waren, die das Land während einer guten Woche im Atem hielten.

Der Zorn, der sich in der letzten Woche frankreichweit Bahn gebrochen hat, reifte bereits seit Monaten heran. Hintergrund ist zunächst der Preisanstieg des Rohöls, für den Teile der Medien und die französische Ölindustrie zurzeit die Organisation erdöllexportierender Länder (OPEC) verantwortlich zu machen suchen. Tatsächlich ist der Preis für das Barrel (159 Liter) Rohöl seit März 1999 von anfänglich zehn Dollar bis auf knapp 35 Dollar am Freitag voriger Woche geklettert. Es wäre jedoch verfehlt, eine «Erpressung» des reichen Nordens durch die OPEC-Länder zu wittern.

Der Preisanstieg, den Frankreichs KonsumentInnen deutlich zu spüren bekommen, hat real fünf Hauptgründe. Erstens fallen seit einem Jahr der Wieder-Aufschwung in Südost-Asien, das sich von der Krise 1997/98 erholt hat, und die seit 1990 anhaltende gute Konjunktur in den USA mit einem wirtschaftlichen Boom in Teilen Westeuropas – namentlich auch in Frankreich – zeitlich zusammen. Durch dieses Zusammentreffen ist die weltweite Nachfrage nach Öl stark angestiegen, was natürlich die Preise in die Höhe treibt. Zum zweiten war der Rohölpreis in den vorangegangenen Jahren niedrig, da er seit 1985 – angesichts der chronischen Schwäche der OPEC, und der «Dritten Welt» generell, gegenüber der wirtschaftlichen Macht der Industrieländer – in den Keller gefallen war. Angesichts des anhaltend sinkenden Rohölpreises aber waren in den Erzeuger-Ländern notwendige Investitionen zur Instandhaltung der Fördertechnologie unterblieben – die OPEC kommt daher mit der Förderung heute kaum nach. Zugleich wurden in den Industrieländern kaum Anstrengungen unternommen, andere Energiequellen zu fördern, da man sich kurzfristig auf anormal niedrigen Rohstoffpreis eingestellt hatte.

Zum Dritten waren und sind die Profite enorm, die die in den westlichen Industrieländern ansässigen Ölkonzerne selbst bei der Förderung und Weiterverarbeitung machen. In den letzten Wochen kündigte etwa der französische Riese TotalFinaElf für das erste Halbjahr 2000 eine Gewinnexplosion 165 Prozent gegenüber dem des Vorjahres-Zeitraums an.

Unsoziale Treibstoffverbrauchssteuer
Viertens schlägt der Staat auf Öl und Benzin Steuern drauf, die beispielsweise an einer französischen Zapfsäule heute siebzig Prozent des Endpreises betragen. Als Verbrauchssteuern, die vom Einkommen un-



Leerer Tank, leere Strassen, zu Fuss gehen.
Foto: Interfoto

abhängig sind, tragen diese einen besonders unsozialen Charakter – und treffen den armen Schlucker, der jeden Tag mit seiner alten Rostmühle zur Arbeit fahren muss, härter als den Fahrer eines Luxusautos, das dank moderner Technologie weniger Sprit verbraucht. Und fünftens verteuert der stetig sinkende Euro-Kurs, durch die ungünstige Wechselparität mit dem Dollar, die Erdölimporte aus Sicht der Länder der Euro-Zone.

In den ersten Septembertagen waren es die Unternehmer die gegen die steigenden Benzinpreise in militanter Form auf die Strasse gingen. Und zwar jener Branchen, die in erster Linie direkt von den Öl- und Benzinpreisen betroffen sind: der LKW-Transportbranche, der (industrialisierten) Landwirtschaft und – eher am Rande – der Taxibranche.

Dem Druck der Transport-Unternehmer gaben die Regierung, in Gestalt von Premier Lionel Jospin und

KP-Transportminister Jean-Claude Gaysot, gegen Mitte letzter Woche begrenzt nach. Um 35 Centimes pro Liter Diesel im Jahr 2000, und 25 Centimes während des Jahres 2001 wird die Steuer demnach für die Fuhrunternehmen gesenkt. Ferner sollen mögliche künftige Preiserhöhungen durch steuerliche Massnahmen ausgeglichen werden. Die Kostensenkung kommt allerdings nur den LKWs ab einem Jahresverbrauch von 50 000 Litern zu. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 30 000 Liter jährlich pro LKW kommt der Nachlass damit nur den grösseren LKWs zu, und schliesst einen guten Teil des Kleingewerbes vom Genuss der Massnahme aus. Der Landwirtschaft ihrerseits sagte die Regierung 460 Millionen Francs zusätzlicher Subventionen zu, ein Teil davon in Form von Fördermitteln für die Entwicklung von Biotreibstoff als Öl-Ersatzstoff.

Mit Gesetz gegen Separatisten

Ralf Streck. Als Reaktion auf die jüngste Anschlagsserie im Baskenland wird in Spanien das Jugendstrafrecht abgeschafft. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag aus dem Justiz- und Innenministerium ist von der konservativen Regierung Aznar in Madrid gutgeheissen worden.

Wenn es nach der spanischen Regierung geht, dann werden Jugendstrafen für Basken abgeschafft die sich an Gewaltaktionen beteiligen. 14-jährige können dann zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt werden, weil sie sich an der «kale borroka», wie die Strassenkämpfe im Baskenland heissen, beteiligt haben. Doch das ist längst nicht alles, was die konservative Regierung unter Ministerpräsident José María Aznar an Massnahmen zur sogenannten Terrorismusbekämpfung zu bieten hat. Vor allem der Tatbestand «Werbung für eine terroristische Bande» soll ausgeweitet werden. Damit will sie zum Beispiel das letzte Geleit für getötete ETA-Mitglieder unter Strafe stellen. Nach dem Vorhaben Madrids würden ganze Gemeinderäte, wie etwa jene der beiden baskischen Städtchen von Hernani und Markina, ins Gefängnis wandern. Sie haben im August in ihren Rathäusern jene ETA-Mitglieder aufgebahrt, die sich in Bilbao selbst in die Luft gesprengt hatten. Nach deren Tod wurden Ermittlungen gegen mehr als 10 000 TeilnehmerInnen einer Demonstration aufgenommen, die ihnen die letzte Ehre erwiesen hatten. Doch offenbar reicht das Strafrecht nicht aus, sie wegen Unterstützung von ETA zu verurteilen,

worauf die spanische Regierung jetzt reagiert. Diese Vergehen sollen nun vor dem Nationalen Gerichtshof in Madrid verhandelt werden, eine weitere Zentralisierung und Aushöhlung des Autonomiestatutes.

IU gegen Verschärfung

Scharfe Kritik kommt vor allem von den baskischen Parteien und der Vereinten Linken (IU) die keine Reform des Strafrechtes akzeptiert, die «neue Repressionsmassnahmen» enthält. Der IU-Abgeordnete Felipe Alcaraz sprach vom «Ausnahmestand im Baskenland» und der IU-Chef, Julio Anguita tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Basken ein, um den Konflikt zu beenden. Anguita setzte dafür auf den Dialog aller Parteien. Dies musste sich der Innenminister, Jaime Mayor Oreja, auch am Mittwoch von der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC) anhören. Es handle sich um einen «Konflikt politischer Natur» der per Dialog gelöst werden müsse, Repression verlängere ihn nur. Die ERC bezeichnete Oreja als «Teil des Problems». Verhaltene Kritik kommt auch von den Sozialisten (PSOE). Sie befürchten, die Reform entspreche nicht der Verfassung. Das Führungsglied López Aguilar erinnerte, dass der Ge-

neralrat für Justizgewalt schon vor einem Jahr bedenken gegen ähnliche Vorschläge vorgebracht hat. Verärgert ist die PSOE darüber, dass sie vom Innenminister, trotz ihrer intensiven Gespräche, nicht über das Vorhaben informiert wurde. Deutliche Kritik äusserte die PSOE angesichts der Weigerung der regierenden Volkspartei (PP) mit dem baskischen Regierungschef über die Lage im Baskenland auch nur zu reden. Auch Richtervereinigungen kritisieren die Strafrechtsreform. Die Sprecherin der Richter für Demokratie, Montserrat Coma, ist gegen die Änderung des Jugendstrafrechtes. Dies sei erst vor kurzem beschlossen worden und nicht einmal in Kraft getreten. «Das Gefühl der Straflosigkeit hat nichts mit der Dauer von Strafen zu tun, sondern damit, dass nur wenige verhaftet werden». Coma sprach damit den wunden Punkt an. Der Polizei gelingen nur selten Verhaftungen, weder von militanten Jugendlichen, noch von ETA. Schon jetzt werden Jugendliche über 18 Jahren für das Abbrennen von Bussen für fünfzehn bis zwanzig Jahre eingesperrt. Mit den Strafverschärfungen versucht die Regierung erneut ihre Unfähigkeit zu Übertünchen, mit dem Konflikt politisch umzugehen.

MieterInnen zahlen

Auch in der Schweiz sind es die Camioneure, die am lautesten über die hohen Benzinpreise ausrufen. Merkwürdig stumm bleiben andere InteressenvertreterInnen. Zum Beispiel der Mieterinnen- und Mieterverband. In der Schweiz werden nach wie vor die meisten Häuser mit Öl oder Gas beheizt. Die Liegenschaftsbesitzer können die Heizkosten voll auf die MieterInnen überwälzen. In der Regel werden die Heizkosten über mit dem Mietzins bezahlte Akonto-Beiträge vorfinanziert. In der Regel trudeln die Heiz- und Nebenkosten-Abrechnungen im September und Oktober ein. In den vergangenen Jahren gab es wegen tiefen Heizölpreisen oft Abschläge. Jetzt sind saftige Nachrechnungen zu erwarten. Von drei- bis vierstelligen Nachforderungen spricht zum Beispiel der Sekretär des Zürcher Mieterinnen- und Mieterverbandes Niklaus Scherr. Stossend daran: Die Hausbesitzer dürfen einkaufen wie sie wollen. Bezahlen müssen Andere. Ein Fall für den Preisüberwacher, sollte man meinen.

Frausein: Wege in die Armut

Silvia Nyffenegger. Frausein ist ein Armutsrisiko, auch in der Schweiz. Das zeigt die Wanderausstellung, die im Rahmen des Frauen-Weltmarschs zu sehen ist.

Gegen Armut und Gewalt an Frauen sind im Jahr des Weltmarschs der Frauen 2000 auf allen Kontinenten tausende Frauen unterwegs. Zürich, Wetzikon, Bülach und Basel sind die Städte, in welchen eine Arbeitsgruppe der Zürcher Koordination des Weltfrauenmarschs die Wanderausstellung zur Armut von Frauen in der Schweiz zeigt. Ein überdimensional grosses Würfelspiel führt durch verschiedene Armutsfallen ebenso wie zum möglichen steilen Aufstieg beispielsweise durch den Lotto-Hauptgewinn. Texte und Fotos vertiefen das Thema. Die Ausstellung sucht Wege zur Gleichstellung der Geschlechter, weg von der strukturellen Gewalt an Frauen, die Frauen- und Männerrollen ungleichwertig bestimmt.

Zig Wege führen Frauen in die Armut. Sei es ihre Bildung und deren Ertrag im Arbeitsmarkt oder ihre gesellschaftlich notwendige, aber unbezahlte Arbeit mit Kindern und in der Familie, sei es die Migration, die Scheidung, sexuelle Ausbeutung oder der Niederschlag weiblicher Lebenszusammenhänge in den kargen Leistungen der Sozialversicherungen am Lebensabend von zu vielen Frauen.

Schon 1992 lebten mindestens 710 000 Menschen unter der Armutsgrenze, mehr als zehn Prozent der EinwohnerInnen der Schweiz. Armut ist oft verdeckt oder versteckt: Über achtzig Prozent derjenigen, die

Anspruch auf Sozialhilfe haben wenden sich aus Scham, Stolz oder Unwissen nicht an die Sozialhilfe. Rund 33 Prozent der Anspruchsberechtigten – vor allem alleinstehende Frauen – beziehen im Alter die gesetzlich zugesicherten Ergänzungsleistungen (EL) nicht.

Armut geht ihren Weg eher unerkannt. Für die Sozialhilfe wird beispielsweise eine erste gesamtschweizerische Sozialhilfe-Statistik erst Ende 2002 erste Ergebnisse liefern. Geregelt ist die Sozialhilfe föderalistisch, wobei die Schweizerische Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe (SKOS) in Bern lediglich Empfehlungen bezüglich der Höhe von Unterstützungsleistungen macht. Die Kantone, Städte und Gemeinden setzen diese dann nach ihrem Ermessen um. Je nach Gemeinde fallen die Leistungen unterschiedlich aus, in einzelnen Fällen beginnend mit null Franken, denn auf Unterstützungsleistungen besteht kein Rechtsanspruch.

DIE AUSSTELLUNG IST ZU SEHEN: WETZIKON VOR DER MIGROS, SAMSTAG, 16. SEPTEMBER, 10 BIS 15 UHR. BÜLACH, PFARRPLATZ, SAMSTAG, 23. SEPTEMBER, 10 BIS 15 UHR. ZÜRICH, VOLKSHAUS, DONNERSTAG, 5. OKTOBER, AB 18.30 UHR. BASEL, MONTAG, 23. OKTOBER. AUSLEIHE BEI ROSEMARIE RÜDINGER: 01/245 80 49

Ein Drittel der Anspruchsberechtigten bezieht keine Ergänzungsleistungen.
Foto: Interfoto



Der Gemeinsinn schrumpft

Horst Hartmann. Negative Strukturen der Arbeitswelt mit dem Druck auf die Beschäftigten hat auf das Alltagsleben abgefärbt. Die Solidarität nimmt ab.

Tschau Gret

Am Freitag, den 8. September ist in Zürich unserer Genossin Gret Elsener kurz vor ihrem 82. Geburtstag gestorben. Gret gehörte zusammen mit ihrem Lebenspartner Bertel zu den Gründungsmitgliedern der PdA-Zürich. Wir haben sie am internationalistischen 1.-August-Fest im Wipkingen zum letzten Mal gesehen – in Sorge über einen Unfall von Bertel. Am Montag, den 18. September um 14 Uhr nehmen wir im Friedhof Nordheim (Halle zwei) Abschied von Gret. Statt Blumen bitten die Angehörigen um eine Spende für die Centrale Sanitaire Suisse (PC 80-7869-1).

PDA-ZÜRICH

Diese Erkenntnis steht im Mittelpunkt eines Essays von Professor Hans Peter Duerr, Heidelberg, mit dem provozierendem Titel: «Wird der Untergang unserer Zivilisation Nachteile für die Menschen haben?» Duerr weist auf den Anarchisten Fürst Kropotkin hin, der seiner Zeit das Zeugnis ausstellte, statt gegenseitiger Hilfe nur den Wettbewerb zu kennen. Und er erwähnt ferner Friedrich Engels, der 1845 von einer «brutalen Gleichgültigkeit, der gefühllosen Isolierung jedes einzelnen auf seine Privatinteressen» hinwies. Engels erkannte, dass Feindseligkeit die Solidarität verdrängt. Mit dieser Entwicklung setzt sich Duerr auseinander. Er erwähnt, dass es vor der Industrialisierung durchaus anders war. So existierten im mittelalterlichen Nordfriesland genossenschaftlich verbundene Gemeinschaften mit «fürsorglichen Beziehungen» untereinander. Es galt als verbindliche Pflicht, anderen beizustehen und niemanden zu übervorteilen. Es herrschte das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Im heutigen positiv besetzten Begriff der «Individualisierung» sieht Duerr einen Wandel vom «Reich der Freiheit» zum «Reich der Barbarei». Das kommt im Alltags-

geschehen deutlich zum Ausdruck. Der Ethnologe und Kulturhistoriker verweist auf die wachsende Zahl von Einpersonenhaushalten und darauf, dass Kinder immer häufiger ausserhalb der Familie aufwachsen. Ehen erweisen sich nicht mehr als dauerhaft, Scheidungen nehmen zu. Zwischenmenschliche Beziehungen verkümmern.

Leider geht Duerr nicht auf die zunehmende Gewalt ein. Er hat recht, wenn er vom Schrumpfen ernsthafter Gefühle spricht, die von «einstudierten Liebenswürdigkeiten» abgelöst werden, hinter der sich «Eiskälte» verbirgt. Aus wachsender Angst vor der ungewissen Zukunft entstand eine allgemeine seelische Verkümmern.

Wer unkonventionelle Feststellungen zu schätzen weiss, wird auch den übrigen Texten Duerrs zustimmen. Zwei kurze Beiträge entlarven zum Beispiel ironisch den Leerlauf und die Selbstüberschätzung der akademischen Kaste. Einige kurze Interviews weisen Duerr als Zeitgenossen mit Humor aus.

HANS PETER DUERR, GÄNGE UND UNTERGÄNGE. ESSAYS UND INTERVIEWS; EDITION SUHRKAMP.

Rosa Luxemburg

Zürich. «Die Rosa-Luxemburg-Forschung am Beginn des 21. Jahrhunderts – Rückblick und Ausblick». Jubiläumskonferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft.

HELPEREI GROSSMÜNSTER, KIRCHGASSE 13, SAMSTAG, 16. SEPTEMBER, AB 9.30 UHR.

silver und gold berg

Zürich. «TächeMagos» – zwei eigenwillige, grenzüberschreitende Bühnenkünstler zeigen zum letzten Mal in Zürich die schräge Zweierkiste, die von absurd komischen Momenten strotzt.

THEATER STOK, FREITAG, 15. UND SAMSTAG, 16. SEPTEMBER, 20.30 UHR.

Menschenrechtsbeobachtung

Zürich. Infoveranstaltung zu Friedenseinsätzen in Mexiko, Kolumbien, Indonesien/Ost-Timor, Ex-Jugoslawien.

ARBEITSSTELLE KIRCHE IM DIALOG, MITTELSTR. 6A, SAMSTAG, 16. SEPTEMBER, AB 13 UHR.

Guatemala

Zürich. Warum wurde der Tod von Bischof Gerardi bis heute nicht aufgeklärt? In spanischer Sprache mit deutscher Übersetzung; organisiert vom Guatemala-Netz Zürich, in Zusammenarbeit mit HEKS.

PFARREIZENTRUM LIEBFRAUEN, WEINBERGSTR. 36, MITTWOCH, 20. SEPTEMBER, 19.30 UHR.

EWZ-Privatisierung nun doch noch?

Alternative Liste, Linkes Bündnis und PdA laden ein zur Diskussion mit Niklaus Scherr (Gemeinderat AL), Koni Loepfe (SP), Jorge Serra (VPOD und SP Winterthur) und Marie-Therese Büsser (GP) über weitere Entwicklungen in Sachen Privatisierung des EWZ nach dem Nein an der Urne.

VOLKSHAUS ZÜRICH, GRÜNER SAAL, DONNERSTAG, 21. SEPTEMBER, 20 UHR

Service public

Bern. Podiumsdiskussion zum Thema «SPS und die Zukunft des Service public» mit Christoph Berger, Gewerkschaft Kommunikation, und Pierre-Yves Maillard, SP-Nationalrat.

HOTEL ASTORIA, ZIEGLERSTR. 66, SAMSTAG, 23. SEPTEMBER, AB 14 UHR.

Fernsehtipps

Die Kunst der Erpressung
Juzo Itamis Thriller (1992) zeigt die schmutzige Wirklichkeit hinter dem japanischen Mafia-Mythos und ist ein Plädoyer für Zivilcourage.

3SAT, DIENSTAG, 19. SEPTEMBER, 22.25 UHR.

Die Rätin

Die Menschen sind dabei, ihre Lebensgrundlagen und damit schliesslich sich selbst zu vernichten. Spielfilm (Deutschland, 1997) nach dem gleichnamigen Roman von Günter Grass.

3SAT, MITTWOCH, 20. SEPTEMBER, 23.20 UHR.

Vive l'amour – Es lebe die Liebe

In einer Winternacht kommen drei Looser in einer leeren Wohnung zusammen und laufen lange aneinander vorbei. Einsame Gänge, leere Räume, Passagen und Passanten.

3SAT, FREITAG, 22. SEPTEMBER, 23.15 UHR.

Radiotipps

Samuel Beckett

Pochade Radiophonique: Das Hörspiel schildert den Hergang einer Folterung. Die verzweifelte, aber mit klinischer Präzision durchgeführte Prozedur stellt einen bis zum äussersten getriebenen Versuch dar, im wörtlichen Sinne, aus dem Menschen etwas über den Menschen «herauszubringen».

DRS2, SAMSTAG, 16. SEPTEMBER, 21 UHR.

Shoah: Erinnern bis zum Abwinken

ros. Der Konservierung der Erinnerung an die Shoah waren vergangenes Wochenende zwei Tagungen gewidmet. Höchste Zeit, befindet sich doch die Kategorie der Erinnerung seit geraumer Zeit im Verwesungsstadium. Ein Rettungsversuch.

Man hat, zumal aus der Perspektive des Auslands, oft das Gefühl, dass sich für den Erinnerungsdiskurs über den Holocaust in Deutschland schon lange nur noch drei winzige Teilgruppen interessieren und auch diese nur von Amtes wegen. Die jüdische Prominenz, die akademischen TheologInnen und die Feuilletonisten, und selbstredend nur jeweils die ältere Garde unter ihnen. Der Eindruck, so sehr er im Einzelfall falsch sein mag, so sehr trifft er die Realität im Grossen. Es herrscht ganz eigentlich eine Leid- und Schuldverdrossenheit in Deutschland, die an die Wurzel des bisherigen Erinnerungsdiskurses rührt, man denke etwa an Walsers Friedenspreisrede vor zwei Jahren oder an die unsäglichen Diskussionen um das Holocaustmahnmal in Berlin. Ein weiteres Indiz sind auch Veranstaltungen wie sie letztes Wochenende im Konzentrationslager Weimar/Buchenwald zum Thema «Zukunft des Erinnerns», sowie auf der Burg Rothenfels – «Damit Geschichte nicht verloren geht – vom Schreiben und Erinnern» – stattgefunden haben.

Und weil die Zeitzeugen, die immerhin bisher mit ihrer Präsenz für eine gewisse gesellschaftliche Relevanz (Adressaten von Entschuldigungen und Abfindungszahlungen) der Erinnerungsfrage gesorgt haben, nun langsam aussterben, scheint es höchste Zeit zu sein, sich über die Lage der Erinnerung Gedanken zu machen.

Bei den bisherigen zwei Hauptansätzen, die Erinnerung an die Shoah zu behalten, sind im besonderen Masse die Aporien beschlossen, worin sich die Erinnerung als ethisches Postulat verfängt.

Der erste und der plausibelste Vorschlag unmittelbar nach dem Krieg war der des Standhaltens, der Widerstand gegenüber dem Gleichmass des neuerlich sich einstellenden Alltags, der in der Geste ständiger Erneuerung, nichts als ständige Eingewöhnung in den weiteren Lauf der Dinge verlangt. «Wir müssen uns fürchten, von uns ist die Freude verlangt», so Ilse Aichinger 1950. Doch alle Verweigerung, alles Unangepasste ist seit jeher negativ an die gesellschaftliche In-

lgen,nkeKisonder.
nerunt
sierunt

Mmatwie

910(idepner)-8coah

f`hl4-

tobhrfepner92
fi,

W4(
W4(

Mit Postkarten unsere Geschichte neu schreiben

nil. Ein Grafiker, ein Kaufmann und ein Ex-Hausbesetzer und Rockgitarrist aus La Chaux-de-Fonds bilden das Künstlerkollektiv Plonk & Replonk. Im Rahmen der Fototage in Biel zeigen sie ihre manipulierten historischen Postkarten.



Welcher Historiker – und sei er noch so bewandert auf dem Gebiet der Revolutionen und Aufstände in der Schweiz – mag sich an den Staatsstreich der Bébé-Befreiungsfront vom 3. Mai 1911 erinnern (siehe Erinnerungspostkarte)? Damals, als der Berner «Chindlifresser» Brunnen von mit Hämmern bewaffneten bewindelten Knirpsen vom Sockel gestürzt wurde. Nein, kein Geschichtsforscher wird auf irgendwel-

che Belege für den Bébéaufstand stossen. Das Ereignis ist einzig ein Produkt der überschäumenden Phantasie des grafisch tätigen Künstlertrios mit dem lautmalischen Namen Plonk & Replonk. Mit den manipulativ veränderten historischen Postkarten sind die Plonker & Replonker über die Grenzen der Neuenburger Jura-Metropole hinaus bekannt geworden.

Das Hauptarbeitsinstrument der grafischen Manipulateure ist das Computerprogramm Photoshop, mit dem allerlei Retouches, Effekte und Schnickschnack digital herbeigezaubert werden können. Was dabei entsteht, ist verblüffend. Der rot-bräunliche Stich der historischen Aufnahmen, die aus dem Genfer Archiv Zimmermann stammen, verleiht den Postkarten eine vermeintliche Authentizität. Das U-Boot etwa – im Format der eben gesunkenen russischen «Kursk», das die Fluten des Doubs in den Schluchten bei Les Brenets durchpflügt, sorgt erst beim zweiten Blick für Kopfschütteln und einen bestimmten Hauch von Zweifel – spätestes wenn man die Bildlegende gelesen hat. Gleichsam ertappt sich der Betrachter bei der Überlegung, was denn dagegen spricht, dass sich das Ereignis tatsächlich so zugetragen haben könnte, wie auf der retouchierten Postkarte dargestellt.

Es ist aber der spielerische Umgang von Plonk & Replonk mit den Möglichkeiten der modernen Computergrafik, die die Werke nicht zu nüchternen Materialien, zur Illustration der Möglichkeiten der Bildmanipulation verkommen lassen. Neben den subtilen, realistisch erscheinenden Eingriffen, haben die Neuenburger Bildanarchisten auch eine Vorliebe für surreale, zum Schmunzeln anregende Gestaltungselemente. So erscheint etwa immer wieder ein überdimensionierter Dürer-Hase, der sowohl an den Gestaden des Zürichsees oder in Genf digital posieren muss. Wenn auch die Postkartenserien das prominenteste Erzeugnis von Plonk & Replonk sind – nicht zuletzt wegen der samstägligen Abdrucke in der westschweizer Zeitung Le Temps – so ist dies doch nur ein Teil des vielfältigen Schaffens der drei Chaux-de-Fonniens.

FOTOTAGE BIEL, BIS AM 3. OKTOBER: POSTKARTEN VON PLONK & REPLONK IM MUSEUM NEUHAUS, SCHÜSSPROMENADE 26, DIENSTAG - FREITAG 14 - 18 UHR, SAMSTAG 11 - 18 UHR

Kasernen zu Spielwiesen

fas. Im September entscheidet das Baselbieter Volk über den Kasernenausbau. Neue Koalitionen sind entstanden.

trouvaille

Positiv zugunsten des Industrie-Standorts Basel ins Gewicht fällt die Gesprächskultur zwischen der Wirtschaft und den Regierungen beider Basel; die neuartige Zusammenarbeit mit der Basler Regierung im Umweltschutzbereich, die unbürokratisch auf Vertrauen und Partnerschaft statt auf Kontrolle setzt, hat für mich Modellcharakter.

FRANZ B. HUMER,
KONZERNCHIEF DER HOFFMANN-LA ROCHE, NZZ VOM
12. SEPTEMBER 2000

Das 19. Juli eingereichte Referendum gegen den unsinnigen Neu- und Ausbau der Kaserne Liestal gelangt am Wochenende des 23./24. September zur Abstimmung. Gegen die Kreditvorlage hat sich eine breite Gegnerschaft formiert, der verschiedene etablierte und politisch erfahrene Organisationen und Parteien angehören: namentlich Neue PdA Basel/Baselland, die Freie Grüne Liste (FGL), Frischluft, Globale Initiative, Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), JUSO Basel/Baselland, SP Baselland, UFraL und Unabhängige.

Sage und schreibe 37,4 Millionen Franken Staatsgelder sollen in die Kaserne Liestal verbetoniert werden. Dass selbst Bürgerliche Missbehagen über solche regionalpolitische Dummheit bekunden, erstaunt nicht. Stehen doch auf eidgenössischer Ebene in kürzester Zeit verschiedene wesentliche Entscheide an: SP-Umverteilungsinitiative, GSoA-Armeeabschaffungsinitiative sowie friedenspolitisches Referendum gegen die Revision des Militärgesetzes. Die Neue PdA Basel/Baselland hält in ihrem Communiqué fest: «Die Kasernen von heute sind nicht Ausbildungsstätten zur Bewahrung der Selbständigkeit gegen Habsburger und Faschisten, es sind Schmieden zur Unterdrückung anderer Völker und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die soziale Gerechtigkeit zwischen Menschen und Völkern ist die Bedingung für Frieden. Armeen

sind die Bedingung für die soziale Ungerechtigkeit.» Wie Franz Fischer von der Neuen PdA Basel dem VORWÄRTS gegenüber erklärte, hätte die gemeinsame Arbeit im Referendumskomitee zu einer Annäherung an die GSoA geführt: Weitere gemeinsame Aktionen seien für diesen Herbst geplant.

basar
der Partei der Arbeit Zürich

Samstag, 11.11 um 11.11 Uhr bis 22.22 Uhr
Casino Aussersihl, Rotwandstrasse 4, Zürich

Habt ihr den Tag nun vorgemerkt? In acht Wochen ist Basar! In der Zeit bis dahin können wir auch auf Bestellung produzieren: Pesto, Gewürzsalz, Ringelblumensalbe... Oder braucht ihr eine schöne Mütze? Socken in einer bestimmtem Farbe und Grösse? Und vor allem: am diesjährigen Basar gibt es einen Stand mit frischen Blumen. Überlegt euch, wem ihr einen Strauss schenken möchtet. Den Preis könnt ihr selbst bestimmen, wer vorbestellt, hat seine Bouquets auf sicher, und erleichtert uns erst noch die Planung. Bis bald wieder

EUER BASAR-KOLLEKTIV

19. Juni

Sechs Angestellte in St. Gallen auf der Strasse. Als die Angestellten, davon drei Lehrlinge, der Buchhandlung Ribaux am 5. Juni zur Arbeit erscheinen, wird ihnen mitgeteilt, dass der Laden ab dem nächsten Tag geschlossen werde und sie künftig in der Fehr'schen Buchhandlung zu arbeiten hätten. Wie lange sie und die bisherigen Fehr'schen-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz noch haben werden, ist fraglich. Auch bei Fehr sieht es nach einem baldigen Ende aus. Die Verlage und Buch-Grossisten haben die Belieferung eingestellt. Beide Läden sind erst vor wenigen Jahren von der Libro Disco AG aufgekauft worden und waren schon davor einmal Konkurs gegangen.

«zum Teil sehr jung und hübsch...» – trotzdem ausgeschafft. Bei einer Razzia wurden im Restaurant «Krienbrüggli» am 16. Mai unter anderem 19 ausländische Frauen verhaftet, die dort illegalisiert als Prostituierte arbeiteten. Die Fremdenpolizei werde «für die Ausschaffung der Frauen besorgt sein» schrieb das Ringier-Blatt «Neue Luzerner Zeitung» grossmütterlich-vorsorglich und die «Luzerner Woche» nahm, mit einer Mischung von saudumm und rassistisch, an den Verhafteten Mass und erklärte, sie seien «zum Teil sehr jung und hübsch». Gegen diese Art von Journalismus bildeten einige Frauen spontan ein Aktionskomitee, das in Luzern Flugblätter verteilte und Leserbriefe an die lokale Presse schrieb.

SBB: Lohndrücker in der Schweiz, Abwerber im Ausland. Die Bundesbahnen, geführt von EXP-Funktionären (Weibel) und SGB-Sekretären (Nordmann), weiss wie man als rechter Kapitalist umspringen muss. Seit sieben Jahren hat die SBB keine Lokführer mehr ausgebildet und andere frühzeitig in Pension geschickt. Jetzt hat es zu wenig Lok-Personal, so dass Güterzüge bereits gestrichen werden mussten. Um den Engpass zu beheben, wird jetzt versucht, bei anderen Gesellschaften abzuwerben. Erst versuchte man es in der Schweiz. Erfolglos, denn hier weiss man, was von der SBB zu erwarten ist. Darum versucht man es jetzt in Italien und Deutschland. Denen bietet man Löhne, die zwar über den dort üblichen liegen, aber tiefer sind, als die in der Schweiz. So können die Ausländer gegenüber den Kollegen als Lohndrücker eingesetzt werden. Als nächsten Schritt wollen die beiden Kapitalisten-Lehrlinge bei den Lokführern auch noch das Zweiklassensystem wieder einführen. Neben den «richtigen» Lokführern, die Schnellzüge führen dürfen, soll es neu weniger qualifiziertes Lokpersonal geben, das nur im Regionalverkehr und für Güterzüge eingesetzt wird und deshalb natürlich weniger verdienen soll.

Acht Monate für Militärdienstverweigerer durch das Appellationsgericht in Luzern. Vom Divisionsgericht 10B war der verurteilte Marino Keckeis «nur» zu drei Monaten verurteilt worden. Keckeis hat eine Zuteilung zum Zivildienst gefordert und seine Verweigerung mit seiner Liebe zur Natur, seinem christlichen Glauben und der Ansicht begründet, Militärdienst sei verlorene Zeit. Diese Begründungen wurden vom Militär als nicht glaubhaft abgelehnt, zudem sei er oberflächlich und vage gewesen bei seiner Begründung.

20. Juni

Presseintopf, Lohnabbau, Entlassungen. Jahrzehntlang bekämpften sich «L'Imrpatal» (La Chaux-de-Fonds) und «L'Express» (Neuchâtel) bis aufs Blut, zumindest verbal. Dann, vor knapp einem Jahr wurden die Verlage fusioniert, die Blätter erschienen aber weiterhin unter ihren bisherigen Namen und waren unabhängig – zumindest gegen Aussen. Intern hingegen herrschte Anpassungsdruck und wurde die Unabhängigkeit der Redaktionen immer kleiner. Vor allem aber gab es Lohnkürzungen und wurden sowohl in der Druckerei als auch auf der Redaktion Personal entlassen. Jetzt hat Comedia die Aktion «Jericho» lanciert und Klage eingereicht wegen Verletzung des Mitwirkungsgesetzes.

22. Juni

Kein Pinochet-Minister an Zürcher Uni. Obwohl die Studentenschaft schon im Vorfeld des Besuchs von José Piñera erklärt hatte, es gehe nicht, dass man einen Schergen Pinochets an der Zürcher Uni referieren lasse, versuchte Uni-Rektor Hans Weder die Veranstaltung durchzusetzen. Vergeblich: Piñera, der bei anderer Gelegenheit erklärte, Pinochet habe eine «legitime Revolution gegen einen Tyrannen angeführt», musste seine Weisheiten für sich behalten – der Protest verhinderte schliesslich seinen Auftritt. Organisiert wurde das Referat Piñeras von der Zürcher Handelskammer (zusammen mit einem Professor der Uni), die den Chilenen als Spezialisten für die Privatisierung von Sozialversicherungssystemen anpries.